

ANFRAGE von Manuel Kampus (Grüne, Schlieren) und Florian Heer (Grüne, Winterthur)

betreffend Psychischen Belastungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund der Corona-Pandemie entgegenwirken

Verschiedenen Zeitungsberichten, Studien und dem aktuellen Arbeitspapier 52 von Gesundheitsförderung Schweiz zufolge gehören Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu den Bevölkerungsgruppen, die aufgrund der Corona-Krise besonders stark psychisch belastet sind. Ein Teil dieser jungen Menschen wird gemäss verschiedenen Studien auch unter psychischen Spätfolgen zu leiden haben. Entsprechend dieser erhöhten psychischen Belastung ist die Nachfrage nach Informations- und Beratungs- sowie nach psychiatrisch-psychotherapeutischen Angeboten in den letzten Monaten stark gestiegen. So verzeichnen seit Sommer 2020 auch verschiedene Schulpsychologische Dienste eine starke Zunahme von Neuanmeldungen. In seiner Medienmitteilung vom 14. Januar 2021 hat sich der Regierungsrat über die gesellschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie besorgt gezeigt und kommuniziert, dass er die Entwicklung aufmerksam verfolge und Hilfestellungen wie beispielsweise zusätzliche Mittel für Frauenhäuser und Sportvereine biete.

Wir bitten den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stellt der Regierungsrat aktuell das Monitoring zur psychischen Gesundheit bzw. Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Zürich sicher?
2. Wie schätzt der Regierungsrat die aktuelle psychische Gesundheit bzw. Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgrund der Corona-Pandemie ein? Inwieweit rechnet auch er mit psychischen Spätfolgen bei den erwähnten Zielgruppen?
3. Wie sieht die aktuelle Versorgung mit niederschwelliger Information und Beratung, mit ambulanten und (teil-)stationären psychiatrisch-psychotherapeutischen Angeboten (inkl. Schulpsychologischer Dienst) aus? Wie wirkt sich die zusätzliche Nachfrage auf die Beratungs- bzw. Behandlungsdauer, -intensität und -qualität in den verschiedenen Versorgungsbereichen aus? In welchen Versorgungsbereichen besteht akuter Bedarf nach zusätzlichen Ressourcen? Wie kann dieser zusätzliche Ressourcenbedarf möglichst schnell gedeckt werden?
4. Wie werden Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene über die bestehenden Unterstützungsangebote informiert und befähigt, diese bei Bedarf auch in Anspruch zu nehmen?
5. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat bis jetzt ergriffen, um der erhöhten psychischen Belastung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenzuwirken? Und welche Massnahmen wird er gegebenenfalls noch ergreifen?

Manuel Kampus
Florian Heer